



ANTRAG

an den BA 21 zur Sitzung am 03.05.2022

Antrag bzgl. Neubau Bahnhof Pasing Nord

Der Bezirksausschuss 21 Pasing-Obermenzing fordert die LH München auf, die einstimmige Empfehlung aus der Sitzung vom 11. Januar 2022 zu berücksichtigen und der Argumentation des BA 21 zu folgen.

Bei der momentan stattfindenden Machbarkeitsstudie Pasing Bahnhof Nord ist eines der Ziele in diesem Bereich den motorisierten IV möglichst zu reduzieren. Die jetzt vorgesehenen großen Einzelhandels- bzw. Gewerbeflächen konterkarieren dieses Ziel.

Falls nun doch von der LH München eine Genehmigung gegen den Willen des BA 21 ausgesprochen wird, stellt der BA 21 - insbesondere zur Baustellenlogistik - folgende Forderungen:

1. Im Bereich der Wohnbebauung dürfen keine Aufstellflächen für die LKW sein. Der BA 21 fordert daher ein Logistikkonzept zur An- und Abfahrt der LKW vor und schlägt als Aufstellfläche das Autobahnende der A 8 als bewährte Möglichkeit vor.
2. Es muss dargestellt werden, wie der Rangierbetrieb bei der Enge der Baustellenzufahrt gefahrlos für Fußgänger und Radfahrer bewerkstelligt wird. Dazu fordert der BA 21 schnellstmöglich ein äußerst detailliertes Sicherheits- und Logistikkonzept.

Der gesamte Bereich ist Schulweg, nicht nur zur naheliegenden Grundschule an der Oselstraße, sondern auch zu den Schulen südlich der Bahnlinie. In unmittelbarer Nähe befindet sich eine KiTa und die Pasinger Fabrik mit der Kinder- und Jugend-Kulturwerkstatt. Zusätzlich ist durch den Nord-Ein- bzw. Ausgang des Bahnhofs, den Bushaltestellen, Fahrzeugen des IV zum Bahnhof im gesamten Bereich ein permanenter intensiver Fuß- und Radverkehr, der zu keiner Zeit gefährdet und behindert werden darf.

3. Der BA 21 fordert, dass umgehend mit der MVG Kontakt aufgenommen wird, da sich in diesem Bereich Bushaltestellen befinden. Ein ungestörter und gefahrloser Busbetrieb muss sichergestellt sein.
4. Der BA 21 fragt nach, ob von Seiten der LH München oder des Bauwerbers Kontakt zur Deutschen Bahn zur Klärung der Altlastensituation aufgenommen wurde. Die Altlastensituation muss vor Beginn des Aushubs geklärt sein, damit nötigenfalls auf die Situation zur Sicherheit des Grundwassers und der dort wohnenden Bevölkerung reagiert werden kann.

Begründung:

Es wird eine ca. 12 Meter tiefe Baugrube erstellt werden müssen, was bei einer Fläche von ca. 2400 m² einen Aushub von über 50.000 t bedeutet. Diese 50.000 t müssen durch Wohnstraßen abtransportiert werden. Rechnerisch bedeutet das bis zu 2.500 LKW-Transporte in einem zeitlichen Rahmen von einigen Monaten. Dazu kommen dann noch die üblichen Baustellen An- und Abtransporte.

Zusätzlich muss die Baugrube mit ca. 250 Bohrpfählen, d.h. ca. 3000 Pfahlmeter versehen werden. Dies ergibt zusätzlich ca. 100 t, die antransportiert werden müssen. Je nach Bohrgerät können pro Bohrgerät 200 bis 250 Pfahlmeter pro Woche gesetzt werden. Bei zwei oder drei Bohrgeräten würde dies mindestens 1 Monat benötigen, bei weniger Bohrgeräten dementsprechend länger.

Aus der o.g. Aushubmenge ergeben sich ca. 3.700 m³ Beton, somit 9.000 t, die ebenfalls antransportiert werden müssen.

Die o.g. Punkte ergeben ein höchst komplexes Gesamtbild, das zwingend mit einer Vielzahl von Maßnahmen gelöst werden muss. Die Sicherheit der Bevölkerung muss hierbei oberste Priorität haben.

Pasing - Obermenzing, den 25.04.2022

Sven Wackermann
Fraktionssprecher

Maria Osterhuber-Völkl
stellv. Fraktionssprecherin

Frieder Vogelsong
BA-Vorsitzender